Nr. 111 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 29. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 20. 13 6 38, 13 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 29 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 8.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Kontoplatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Das Attentat auf die oberschlesische Kohle

Von einem oberschlesischen volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

In dem von dem Chef der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, General Le Rond, an die oberschlesischen Werksverwaltungen gerichteten Rundschreiben über die Verteilung der oberschlesischen Kohlenförderung wird die Auffassung, daß Oberschlesien zum Wirtschaftsgebiet der französischen Kolonie Polen gehöre, mit einer Naivität an die Spitze gestellt, die denn doch Staunen erregen muß. Nach diesem Kohlenverteilungsplan sind zu beliefern: 1. Polen, 2. Oesterreich, 3. Italien, 4. die deutschen Eisenbahnen, 5. das oberschlesische Abstimmungsgebiet, 6. das übrige Deutschland, 7. die Tschecho-Slowakei und das übrige Ausland, und es heißt in dem Schreiben an die Werksverwaltungen ausdrücklich, daß erst nach Aufbringung der Sollmengen für die Verladungen unter 1 bis 5 nach dem übrigen Deutschland und dem sonstigen Auslande erfolgen dürfen. **Polen** erhält also das erste Anrecht auf die oberschlesische Kohle, und Deutschland wird Oberschlesien gegenüber schlankweg als **Ausland** bezeichnet!

Der Präsident der interalliierten Kommission in Oberschlesien, General Le Rond, hat bei andern Gelegenheiten wiederholt erklärt, daß er die Weisungen für seine Maßnahmen **vom Obersten Rat** in Paris erhalte. Man darf deshalb ohne Irrtum sagen, daß die Verfügung, die hier über die oberschlesische Kohlenförderung getroffen wird, in der Richtung derselben französischen Politik liegt, die auf die Besetzung des **Ruhrgebietes** und die Beschlagnahme der Ruhrkohle hinauslief. **Die Ruhrkohle für Alt-Frankreich im Westen, die oberschlesische Kohle für Neu-Frankreich im Osten** — das ist die Hauptforderung der neuen französischen Politik. Nach der Saarkohle soll jetzt, weil der Anschlag auf den Vollbesitz der Ruhrkohle mißglückt ist, die oberschlesische Kohle beschlagnahmt werden. Zwar will man die deutschen Eisenbahnen gnädigst noch mitbeliefern, für die **deutsche Industrie** aber wird nach Le Ronds Kohlenverteilungsplan so gut wie nichts übrig bleiben. Dafür soll die zu einem großen Teile französische Industrie in Polen mit Hilfe der oberschlesischen Kohle gewaltsam hochgezüchtet werden.

Polnische Zeitungen haben **schon vor der Besetzung** Oberschlesiens verraten, welche Industrien Polens sie erhalten sollen: Koks- und Hochöfen, Eisenhütten und Waggonfabriken, diese mit Rücksicht auf den in Polen längst bekannten, in Paris ausgeheckten Plan **erst neu errichtet**, sollen in allererster Linie mit dem polnischen Kontingent der oberschlesischen Kohle beliefert werden, zum Schaden der deutschen und nicht zuletzt der oberschlesischen Industrie.

Was kann geschehen, um diesem ungeheuerlichen Plan zu begegnen? Von deutschen Protesten oder gar der Anrufung von Rechtsgrundsätzen und Verträgen darf man sich nicht viel versprechen. Aber ein Weitungsmittel erscheint trotzdem bereits gegeben. Es liegt in **Oberschlesien selbst**, das sich mit gesundem Instinkt sofort nach Bekanntgabe der polonophilen und beabsichtigt polonisatorischen Verfügung gesagt hat: Tua res agitur, das sofort begriffen hat, daß eine bevorzugte **polnische** Industrie sein eigener wirtschaftlicher Tod sein müßte und daß vor allem auch **der oberschlesische Industriearbeiter** jedem Bestreben entgegentreten muß, das die Konkurrenz der billigen polnischen Arbeitskräfte verstärkt. Der siegreiche Kampf um das Betriebswahlrecht in Oberschlesien hat, wie so viele andre Dinge, gezeigt, daß der oberschlesische Arbeiter durchzuführen vermag, was er ernstlich will.

Das Verständnis dafür, was der propolnische Kohlenverteilungsplan für die Geltung und den Bestand der oberschlesischen Arbeit bedeutet, ist denn auch im vollsten Maße vorhanden, und der Kampf gegen den Kohlenverteilungsplan wird ein **Kampf der oberschlesischen Industriearbeiter** sein. Zwar sind gerade die Grubenarbeiter in großen, zusammenhängenden Bezirken — und hierin liegt die Hauptschwierigkeit dieses Kampfes — polnisch gesinnt. Die übrigen Industriearbeiter, um deren ganzes Dasein es geht, haben also erst die Aufgabe, sie für den Gedanken der Solidarität der oberschlesischen Arbeit zu erziehen. Das wird nicht leicht sein, sich aber doch mit Hilfe der naturgemäß für diese Solidarität eintretenden Gewerkschaften, und namentlich der Eisenbahner, bestimmt durchführen lassen. Der Plan Le Ronds darf und wird nicht Wirklichkeit werden, und zum Schluß wird der Kampf für die Daseinsmäßigkeit der oberschlesischen Arbeit wieder die Solidarität der deutschen und der oberschlesischen Wirtschaftsinteressen offenbaren und zu seinem Teile für die **deutsche Lösung** der oberschlesischen Frage wirken.

•

Die Arbeitszeit im oberschlesischen Bergbau

Auch in Oberschlesien wollen die Bestrebungen nach Einführung einer verkürzten Arbeitszeit im Kohlenbergbau nicht zur Ruhe kommen. Als allgemeine Forderung der Arbeiterschaft kann die **Siebenstundenschicht** bezeichnet werden, während die unter der Bergarbeiterschaft im Verhältnis zu den Polen wenig bedeutenden **Kommunisten** die **Sechsstundenschicht** anstreben. Die Dinge sind aber noch nicht so weit gediehen, daß sich auch schon die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dieser Frage beschäftigt hätte. Auch die Nachricht, daß sich die interalliierte Kommission bereits für die Gewährung der Siebenstundenschicht ausgesprochen hätte, ist durchaus irrig.

Behinderung unsres Verkehrs mit Rußland

⊙ **Rotterdam**, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet, daß der **alliierte Rat** bei der **deutschen Regierung** gegen die beabsichtigte Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland Einspruch erhob, solange der Kriegszustand zwischen Polen und Rußland fortbestehe.

Die Vorbereitung der Brüsseler Konferenz

⊙ **Genf**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: **Poincaré** rief als Vorsitzender **die Wiedergutmachungskommission** für den 2. Mai nach **Paris** ein. Sie wird den Schlußbericht der Gesamtforderung an Deutschland für die Brüsseler Konferenz feststellen. Frankreichs unveränderte Forderung in Höhe von **135 Milliarden Franken** liegt der Konferenz vor. — Havas meldet zur Einladung des deutschen Kanzlers nach Brüssel: Die Einladung bedeutet keine Zuziehung Deutschlands zu den Beratungen der Alliierten. Die Alliierten wünschen lediglich **eine Vereinfachung und Beschleunigung des Verkehrs mit Deutschland**, und nur (?) diesem Zwecke diene die Anwesenheit eines deutschen Vertreters in Brüssel.

•

Günstige Aussichten?

⊙ **San Remo**, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) Heute ist **Trumbitsch** über Italien nach Belgrad abgereist, um neue Anweisungen seiner Regierung in Empfang zu nehmen. In fünf Tagen kehrt er nach San Remo zurück und wird dann mit einer italienischen Abordnung zur **endgültigen Lösung des Adriaproblems** zusammentreffen. Millerand, Lloyd George und Venizelos sind nach Hause gefahren. Die letzten Entscheidungen der Konferenz waren Deutschland günstig. Dafür wird die nächste Konferenz in Spa in Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers den Beweis erbringen. Auf eine Anfrage erwiderte Lloyd George vor seiner Abfahrt, daß bei gutem Willen schließlich für Deutschland alles geregelt werden könne.

•

Der Triumph der französischen Presse

⊙ **Paris**, 28. April. Die Erklärung der Alliierten an die deutsche Regierung wird von der Pariser Presse als **ein Sieg Millerands** gefeiert. Der Sonderberichterstatter des „Matin" in San Remo meint, die Erklärung bedeute den **Beginn einer neuen Weltpolitik**. Der deutsche Kanzler sei zum 25. Mai nach Spa durch die vereinigten Alliierten, nicht aber zuvor nach San Remo vor die vereinigten Alliierten geladen worden. Besonders interessant für den Berichterstatter ist es, daß zwischen der Sprache, die Lloyd George am Freitag vor den amerikanischen Journalisten geführt hat, und der von gestern **ein auffallender Unterschied** besteht. Es liege auch in der Bedrohung Deutschlands durch eine mögliche Besetzung weiterer Gebiete eine nachdrückliche Rechtfertigung der Besetzung der Mainstädte. Der französische Delegierte bei der Friedenskonferenz in San Remo hat durch seine Festigkeit und Logik **die offizielle Anerkennung der französischen Politik** erzielt, und zwar, ohne den geringsten Teil von den französischen Forderungen aufzugeben. Auch der Vertreter des „Echo de Paris" meldet, daß für die Besetzung weiteren deutschen Landes Marschall Foch und Marschall Wilson bereits alle Pläne ausgearbeitet hätten. Im „Journal" sagt St. Brice, die einmütige Bestätigung der Drohungen an Deutschland sei ein unbestreitbarer Erfolg. Die Deutschen hätten auf die Verzögerung der Alliierten gezählt. Nun werde man in Berlin erfahren, daß die Geduld der Alliierten auch Grenzen habe.

• **Berlin**, 28. April. In einer Unterredung mit dem Minister des Aeußern, Dr. **Koester**, erklärte dieser u. a.: Wenn der französische Ministerpräsident die Ansicht hat, in San Remo einen Triumph verzeichnen zu dürfen, so mag ihn dieser Glaube glücklich machen. Wahrscheinlich aber ist, daß Herr Millerand **die tatsächlichen Ergebnisse der Konferenz** klarer übersieht, als er in der Pariser Presse zum Ausdruck kommen läßt. Die französischen Blätter schwelgen in der Verherrlichung des großen diplomatischen Erfolges, um zu verhüllen, wie sehr man sich den Wünschen Nitti's und Lloyd Georges hat fügen müssen. Am deutlichsten kommt letzteres zum Ausdruck in dem Beschluß, in Spa neuerdings zusammenzutreten, wo der deutsche Reichskanzler als Gleichberechtigter am Verhandlungstisch sitzen soll.

•

Dr. Köster zu der geplanten Konferenz

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. **Köster** äußerte sich zu einem Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg." über die von Havas verbreitete Erklärung der Alliierten aus San Remo und bezeichnete die in Aussicht genommene mündliche Besprechung in Spa. Deutschland wolle dort seinen freien ehrlichen Willen bekunden, den Friedensvertrag bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Da in der neutralen Zone deutsche Truppen jetzt nur in der durch das Abkommen vom 8. August 1919 zugelassenen Kopfstärke stünden und die Verlängerung dieses Abkommens mit Aussicht auf Erfolg nachgesucht worden sei, habe die **deutsche Friedensdelegation bei der Botschafterkonferenz angefragt**, wann die nach ihrer Ansicht widerrechtliche Besetzung aufgehoben würde. Gleichwohl wie die Besprechungen endeten, würde Deutschland unter der Last des Friedensvertrages auf Jahre hinaus nur sein **Existenzminimum** haben.

•

Das Nachwort zur Konferenz

• **San Remo**, 28. April. Dem „Petit Journal" zufolge wird **Millerand** am Donnerstag dem Ministerrat das Resultat der Konferenz bekanntgeben und wahrscheinlich in der Kammer darüber eine Erklärung abgeben. Desgleichen wird **Lloyd George** am kommenden Freitag oder Montag im Unterhaus über die Ergebnisse der Beratung Bericht erstatten.

•

200 000 Mann Reichswehr

Durch die ausländische Presse gehen zur Zeit wieder falsche Angaben über die Kopfstärke des deutschen Heeres. Von amtlicher Stelle wird dazu dem WTB. mitgeteilt: Am 5. Februar betrug die Gesamtstärke der Reichswehr 264 284 Köpfe. Der Stand im März konnte wegen der Unruhen nicht vollständig ermittelt werden. Nach allen vorliegenden Meldungen ist jedoch die Zahl der Reichswehrtruppen andauernd **gesunken**. Wenn auch zurzeit keine endgültigen Ziffern angegeben werden können, so muß nach dem bisher gewonnenen Ueberblick die Stärke der Reichswehr Anfang April auf nicht mehr als 200000 Mann gesagt werden. Diese Zahl sollte aber erst Mitte Mai erreicht sein.

•

Die Franzosen im Maingau

⊙ **Berlin**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus **Frankfurt a. M.** sind zum 15. Mai für weitere 200 französische Offiziere Unterkunftsräume in Privatwohnungen angefordert worden. Auch in **Hanau** sind neue Quartierräume für 200 französische Offiziere zum 30. Mai schon jetzt verlangt worden.

•

Die Dauer der Besetzung

Wie „Journal" mitteilt, werden die französischen und belgischen Truppen den Maingau verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiete nur noch 20 Bataillone, sechs Schwadronen und zwei Batterien umfassen wird. **Bis zum 10. Juni** sollen diese Truppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Main Polizeitruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll dann am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch **5000 Mann Polizeitruppen** ersetzt werden. — „Daily Mail" meldet aus San Remo, die Konferenz habe entschieden, daß die französischen Truppen Frankfurt solange besetzt halten, bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die **12 000 Geschütze abgeliefert** haben werde, die es noch entgegen dem Friedensvertrage besitze.

•

Die Ausweisungen aus dem Elsaß

⊙ **Karlsruhe**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Ueber **Kehl** sind am Montag 214 aus dem Elsaß ausgewiesene deutsche Familien auf badischem Boden eingetroffen.

Lüttwitz nach Malmö geflohen

⊙ **Berlin**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung der Kopenhagener „Berlingske Tidende" ist General Lüttwitz am Sonntag in Malmö eingetroffen.

Der erzwungene Rücktritt Watters

⊙ **Münster**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Rücktritt des Generals v. Watter ist nicht freiwillig erfolgt. General Watter ist auf starken **Druck der Gewerkschaften** hin zurückgetreten, nachdem seine Vorschläge für die militärische Sicherung des Ruhrgebietes in Berlin abgelehnt worden waren. Zu seinem **Nachfolger** ist General v. **Campe** ernannt worden.

Die Forderungen der Marinebrigade Ehrhardt

Der Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium **Stock** hat vom Stationskommando Wilhelmshaven nachstehendes Telegramm erhalten:

Der Vertrauensmann des 3. Regiments der 2. Marinebrigade Ehrhardt läßt hier folgende Erklärung abgeben: Die zum Reichswehrminister entsandte Kommission der Brigade hat die bekannten Forderungen ohne Wissen der Truppen und Vertrauensleute gestellt. Als Grund für das selbständige Handeln wird angegeben, der Besprechung der Stationen Nordsee und Ostsee beim Reichswehrminister am 22. April zuvorzukommen.

Kundgebung gegen die Sicherheitspolizei

• **Düsseldorf**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittag veranstalteten die beiden sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften eine Straßenkundgebung gegen das Einrücken der staatlichen Sicherheitspolizei und die damit verbundene **Aufhebung der in der Mehrzahl aus U. S. P.-Leuten bestehenden Ortswehren**. An der Kundgebung nahmen etwa 5000 Personen teil, darunter viele Jugendliche. Die Demonstranten durchzogen mit dem Rufe „Weder mit der grünen Polizei" die Hauptstraßen.

Zum Wechsel im Reichsverkehrsministerium

+ **Berlin**, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem der Gesetzentwurf über den Uebergang der **Eisenbahnen** an das Reich nunmehr von der Nationalversammlung verabschiedet worden ist, hat Minister Dr. **Bell** seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsident sein **Abschiedsgesuch** eingereicht. Gemäß der bei der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts getroffenen Verabredung übernimmt der derzeitige Schatzminister Reichsminister Bauer das Reichsverkehrsministerium. Die Uebernahme erfolgte, wie wir hören, auf Wunsch aller drei die Regierung bildenden Parteien. Dabei war die Erwägung maßgebend, daß Reichsminister Bauer bereits während seiner Kanzlerschaft Veranlassung gehabt hat, sich mit den großen organisatorischen Aufgaben des Verkehrsministeriums aufs eingehendste vertraut zu machen und wiederholt die schwierigen Verhandlungen über die für unser Wirtschaftsleben so bedeutungsvollen Verkehrsprobleme leiten zu müssen. Ihm wird auch seine langjährige Erfahrung in der Behandlung von Beamten-, Angestellten- und Arbeiterfragen in der Bewältigung der neuen Aufgabe besonders zustatten kommen. Das Reichsschatzministerium wird vor den Wahlen nicht mehr neu besetzt werden. Minister Bauer hat sich bereit erklärt, zur Erledigung der die Entscheidung eines Ministers erforderlichen Angelegenheiten das Amt kommissarisch zu verwalten.

Der 1. Mai

In der Dienstagsitzung der Preußischen Landesversammlung wurden die Anträge der Sozialdemokraten auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertage in Preußen und der Unabhängigen auf Einrichtung eines allgemeinen Volksfeiertags am 1. Mai mit 168 bürgerlichen gegen 136 sozialdemokratische Stimmen **abgelehnt**.

•

⊙ **Berlin**, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) In fast allen Berliner Fabriken haben die **Betriebsräte** über den Kopf der Fabrikleitungen hinweg die **Arbeitsruhe am 1. Mai** verfügt.

Vom Essener Kriegsgericht verurteilt

Der Schriftleiter des „Ruhr-Echo", des Organs der U. S. P., Th. **Lachtse**, ist vom außerordentlichen Kriegsgericht in Essen wegen Aufreizung zum **Ungehorsam** zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort **verhaftet** worden.

Oesterreichische Verfassung und die Anschlußfrage

Von unserm bd.-Mitarbeiter

Wien, 28. April.

In der **Nationalversammlung** wird jetzt die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag abgeführt. Eine der beachtenswertesten Reden hat der Obmann der Großdeutschen Vereinigung Dr. **Dinghofer** gehalten, besonders beachtenswert darum, weil man, mag man welcher Parteirichtung immer angehören, mit einem großen Teile seiner Ausführungen einverstanden sein kann. Namentlich was er über die **Anschlußfrage** sagte, kann auf die Zustimmung aller rechnen, die es mit dem Anschluß wirklich ernst meinen. (Es gibt nämlich auch solche, die nur dem „Schlagwort" nachlaufen, innerlich aber **dem Anschluß abhold** sind, weil sie eine monarchistische Restauration mit den Habsburgern an der Spitze erstehen.) Es ist noch erinnerlich, daß im November 1918 und im März 1919 die österreichische Nationalversammlung den Anschluß ausgesprochen hat, und daß dann bald darauf der damalige Staatssekretär des Aeußern, Dr. Otto Bauer, über die Bedingungen des Anschlusses mit der Berliner Regierung verhandelt hat. Es ist damals ein vollständiges Einvernehmen zwischen Wien und Berlin erzielt worden. Leider ist das rasche Zugreifen verpaßt und der tatsächliche Anschluß nicht vollzogen worden. Inzwischen hatte **Frankreich** Zeit, seine Verbündeten gegen die Anschlußidee aufzustacheln, und in Versailles und St-Germain wurde der Anschluß verboten und Oesterreich das Joch der „Selbständigkeit" auferlegt.

Daran erinnerte Dr. Dinghofer, indem er gleichzeitig feststellte, daß unser ganzes Sinnen und Trachten auf die Eingliederung in das Deutsche Reich, auf die **tatsächliche Durchführung dieser Eingliederung** zu richten sei. Dr. Dinghofer ist jedoch dabei nicht stehengeblieben. Offenbar im Hinblick auf die jetzt in Linz tagende **Konferenz der österreichischen Länder**, gleichsam eine Vorberatung der von der Nationalversammlung zu schaffenden Verfassung, hat er auch diese Angelegenheit im Zusammenhange mit der Anschlußfrage gestreift. Der Zitation der Länder, die am liebsten jedes für sich ein selbständiges Gemeinwesen bilden möchten, ist es gelungen, die Idee des Einheitsstaates Oesterreich völlig in den Hintergrund zu drängen, so daß derzeitig nur mehr die Schaffung eines **Bundesstaates** in Frage kommt. Ueber das Ausmaß der „Kompetenzen" zwischen Staat und Ländern, eigentlich über das Restchen von Rechten, das dem Oberstaate verbleiben soll, geht nun der Streit. Dinghofer gibt nun den Ländern zu bedenken, daß, wie dieser Staat allein nicht leben kann, so auch die einzelnen Länder für sich nicht lebensfähig sind, so daß einzelne unter ihnen eine Selbständigkeit nicht einmal vierzehn Tage lang aufrechterhalten könnten. Und er stellt insbesondere die zweifellos richtige, auch an dieser Stelle schon wiederholt erörterte Behauptung auf, daß die Angliederung an das Deutsche Reich nicht in Teilgebieten erfolgen soll, sondern daß **Oesterreich als Einheit**, wenn auch als Bundesstaat, Deutschland eingegliedert werden muß. „Der Anschluß Oesterreichs muß **als Ganzes** erfolgen, es wäre ein Fehler, wenn wir in mittelalterliche Kleinstaaterei verfallen würden." Ob die Länder die Mahnung Dinghofers beherzigen werden, bleibt abzuwarten; die bisherige Behandlung der Verfassungsfrage in Salzburg und Linz läßt keine großen Hoffnungen aufkommen.

Inzwischen werden außer den politischen auch formal **verfassungsrechtliche** und gesetzestechnische Bedenken gegen die Sonderbestrebungen der Länder im Zusammenhang mit der Anschlußfrage laut. Die Verfassung, die sich Oesterreich jetzt geben will, muß derart zugeschnitten sein, daß sie kein Hindernis bildet für den Anschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich, man muß also bei der Festsetzung der grundsätzlichen Bestimmungen Rücksicht nehmen auf die Verfassung des Deutschen Reiches vom August 1919. Man mag diese in manchen deutschen Bundesstaaten in gewisser Hinsicht vielleicht als allzu **stramm-zentralistisch** einschätzen, gewiß ist, daß der Einheitsgedanke im ganzen deutschen Volke trotz der Bemängelung einzelner Verfassungsbestimmungen unverfehrt lebendig geblieben ist. Diesem Einheitsgedanken würde es nun schnurstracks widersprechen, wenn — wie zu besorgen ist — die österreichischen Länder die **rein föderative** Idee in der österreichischen Verfassung verwirklichen wollten. Was sie eigentlich anstreben, ist kein Bundesstaat, sondern ein **Staatenbund**. Es ist klar, daß die Eingliederung von acht Kleinstaaten in das Deutsche Reich, die auf ihre Hoheitsrechte nur schwer verzichten würden, besondere Schwierigkeiten verursachen möchte, und in diesem Zusammenhange gewinnt die Warnung Dinghofers vor „mittelalterlicher Kleinstaaterei" noch mehr an Gewicht. Gewiß ist, daß sich der Anschluß, der unbedingt kommen muß, also auch kommen wird, am einfachsten vollzöge, wenn Oesterreich ein Einheitsstaat wäre; allein wenn dies schon nicht möglich ist, so darf die neue österreichische Verfassung zumindest keinen „Staatenbund" schaffen, der in die Verfassung Deutschlands sich nicht einfügen ließe.

•

Die Ländertagung in Linz ist geschlossen worden, ohne daß eine Vereinbarung zwischen den Parteien über die neue Verfassung zustande gekommen wäre, so daß diese Beratungen wieder nur, wie früher die von Salzburg, nichts mehr als „schätzbares Material" liefern. Die Grundlage der Beratungen bildete der Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Dr. **Mayr**, den jedoch die Regierung nur als „Privatarbeit" bezeichnete, ohne sich mit ihm zu identifizieren, dem aber auch die **Christlich-Sozialen**, obgleich der Verfasser ihrer Partei angehört, nicht in seinem vollen Umfang die Zustimmung gaben. Daß die zweite Koalitionspartei, die **Sozialdemokraten**, den Entwurf ablehnten, versteht sich von selbst, da sie den **Einheitsstaat** erhalten wollen, Dr. **Mayr** jedoch sich auf den Standpunkt des **Bundesstaates** stellte. Aber auch davon abgesehen, gab es in den finanziellen und insbesondere auch in der Schulfrage keine Einigung. Nunmehr wird die Regierung aus ihrer bisherigen Passivität in der Verfassungsfrage herausgetreten müssen. Der Staatskanzler Dr. Renner hat in der Budgetdebatte erklärt, die Nationalversammlung habe noch zwei Aufgaben zu erfüllen: die finanzielle Grundlage für die Republik zu schaffen (Vermögensabgabe, Steuerbukett) und die endgültige Verfassung zu beschließen. Die **Finanzvorlagen** stehen schon in Beratung, eine Verfassungsvorlage ist noch nicht vorhanden. Die Regierung wird auch damit herausrücken müssen. Man konnte dies bisher verzögern, ein weiterer Aufschub aber ist nicht angängig, wenn die Koalition weiterbestehen soll.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200429/1